

Die Vereinigung liechtensteinscher gemeinnütziger Stiftungen und Trusts (VLGST) hat am Mittwoch, 26. August, zum 14. Mal ihr Jahrestreffen mit den liechtensteinischen Behörden durchgeführt. Der Anlass bot den Mitgliedern die Gelegenheit, sich aus erster Hand über aktuelle Entwicklungen zu informieren und konkrete Fragen direkt mit den zuständigen Behördenvertretern und -vertreterinnen zu besprechen.

Albert Kaufmann von der Stiftungs- und Trustsaufsichtsbehörde (Stifta) informierte über die Entwicklung bei den gemeinnützigen Stiftungen: Mit 1401 Stiftungen per Ende Juni 2026 wurde der bisherige Höchststand aus dem Jahr 2018 übertroffen. Zudem ging er aufgrund der mit 1. Juli 2026 in Kraft getretenen Teilrevision des Trustrechts auf die Reorganisation zur neuen Stiftungs- und Trustsaufsichtsbehörde sowie auf die Rückmeldungen zur Vor-Vernehmlassung zum Regulierungsprojekt «Optimierung Stiftungsrecht» ein.

Ricarda Canete von der Steuerverwaltung (STV) ging auf aktuelle steuerliche Fragestellungen und konkrete Anliegen der VLGST-Mitglieder ein. Anhand aktueller Fälle konnten praktische Fragen aus dem Kreis der gemeinnützigen Stiftungen aufgenommen und erörtert werden.

Philipp Röser von der Finanzmarktaufsicht (FMA) informierte über das neue EU-

Neuer Höchststand bei gemeinnützigen Stiftungen

14. VLGST-Treffen mit den Behörden.



Thomas Zwiefelhofer, VLGST, Ricarda Canete, STV, Bernhard Büchel, STV, Philipp Röser, FMA, Salvatore D'Ambra, MPF, Albert Kaufmann, Stifta, und Karin Schöb, VLGST (v. l.).
Bild: eingesandt

Paket zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung (AML-Paket). Im Fokus stand unter anderem die in der EU-Geldwäschereiverordnung (AMLR) vorgesehene Ausnahmebestimmung für gemeinnützige Rechtsträger sowie die damit verbundenen Voraussetzungen.

Auch die liechtensteinische Regierung war durch Salvatore D'Ambra vom Ministerium für Präsidiales und Finanzen (MPF) vertreten. Dieser gab einen Ausblick auf den anstehenden Moneyval-Prozess und informierte, wie sich gemeinnützige Stiftungen und Trusts frühzeitig darauf vorbereiten können.

Der VLGST ist der kontinuierliche Austausch mit den Behörden ein grosses Anliegen. Ein offener Dialog trägt dazu bei, neue Anforderungen frühzeitig einzuordnen und praxistaugliche Rahmenbedingungen zu entwickeln – mit einer guten Balance zwischen wirksamer Aufsicht, administrativen Anforderungen und dem notwendigen Handlungsspielraum für gemeinnützige Stiftungen.

Abschliessend bedankte sich VLGST-Präsident Thomas Zwiefelhofer bei den Behördenvertreterinnen und -vertretern für die Bereitschaft, auf konkrete Fälle einzugehen, und für den offenen Austausch mit den Mitgliedern. (eingesandt)

Weitere Informationen
zur VLGST und ihren Tätigkeiten sind unter vlgst.li zu finden.

Strommarkt im Umbruch: Ostschweiz muss heute handeln

Die IHK St. Gallen-Appenzell und die IHK Thurgau fordern eine konsequente Markttöffnung und zukunftsfähige Versorgungsstrukturen.

Der Strommarkt steht vor einem tiefgreifenden Umbau: Verbrauch und Investitionsbedarf nehmen zu, der Anteil erneuerbarer Energien mit schwankender Produktion steigt. Die IHK St. Gallen-Appenzell und die IHK Thurgau fordern mehr Flexibilität, konsequente Markttöffnung und zukunftsfähige Versorgungsstrukturen.

Der Thurgauer IHK-Direktor Jérôme Müggler machte in

seiner Begrüssung deutlich: Strom ist eine Grundvoraussetzung für Produktion, Arbeit und Investitionen, wird aber in weitgehend vorgegebenen, historisch gewachsenen Versorgungsstrukturen bezogen. «Wenn sich die Anforderungen grundlegend verändern, müssen wir auch prüfen, ob unsere heutigen Strukturen dafür noch richtig aufgestellt sind», so Müggler. Rund 160 Entscheidungsträgerinnen und -träger

aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft gingen dieser Frage an der EcoOst Arena in der Romanshorer Autobau Erlebniswelt nach.

Energieversorgung auf allen Ebenen gefordert

Christoph Eisenring von Avenir Suisse zeigte auf: Bis 2050 muss die Schweiz ihre Stromproduktion um rund 30 TWh steigern – ähnlich stark, wie dies letztmals zwischen 1955 und

1980 gelang. Dafür brauche es eine engere Einbindung in den europäischen Strommarkt, marktgerechte Anreize für Solarenergie und Technologieoffenheit. Aber vor allem: «Wir brauchen in der Schweiz wieder mehr Pioniergeist», so Eisenring.

Auf dem Podium diskutierten Beni Würth (Ständerat St. Gallen), Thomas Ochs (Gemeindepräsident Amlikon-Bissegg), Sarah Model (Co-

CEO Model Group) und Peter Graf (Unternehmensleiter St. Galler Stadtwerke) über Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit. Sarah Model machte die Kostenwirkung für die Industrie greifbar: Ein Rappen mehr pro Kilowattstunde kann für die Produktion der Model Group Folgekosten in Millionenhöhe auslösen. Thomas Ochs verwies auf erhebliche notwendige Investitionen der Gemein-

den, um Photovoltaik, Elektromobilität und steigende Lasten bewältigen zu können. Peter Graf unterstrich die Zielkonflikte zwischen Versorgungssicherheit, Netzausbau und tiefen Preisen. Beni Würth ortete ein strukturelles Problem: Bei der Vielzahl beteiligter Akteure sei oft unklar, wer letztlich Verantwortung für die Versorgungssicherheit – geschweige denn für die Wirtschaftlichkeit – trage. (eing.)

ANZEIGE

REGULIERTES E-GELD-INSTITUT

LIECHTENSTEIN

Operative Zahlungen für Ihren Geschäftsalltag.

Konten für Unternehmen jeder Art und Grösse.



tantumpay.com